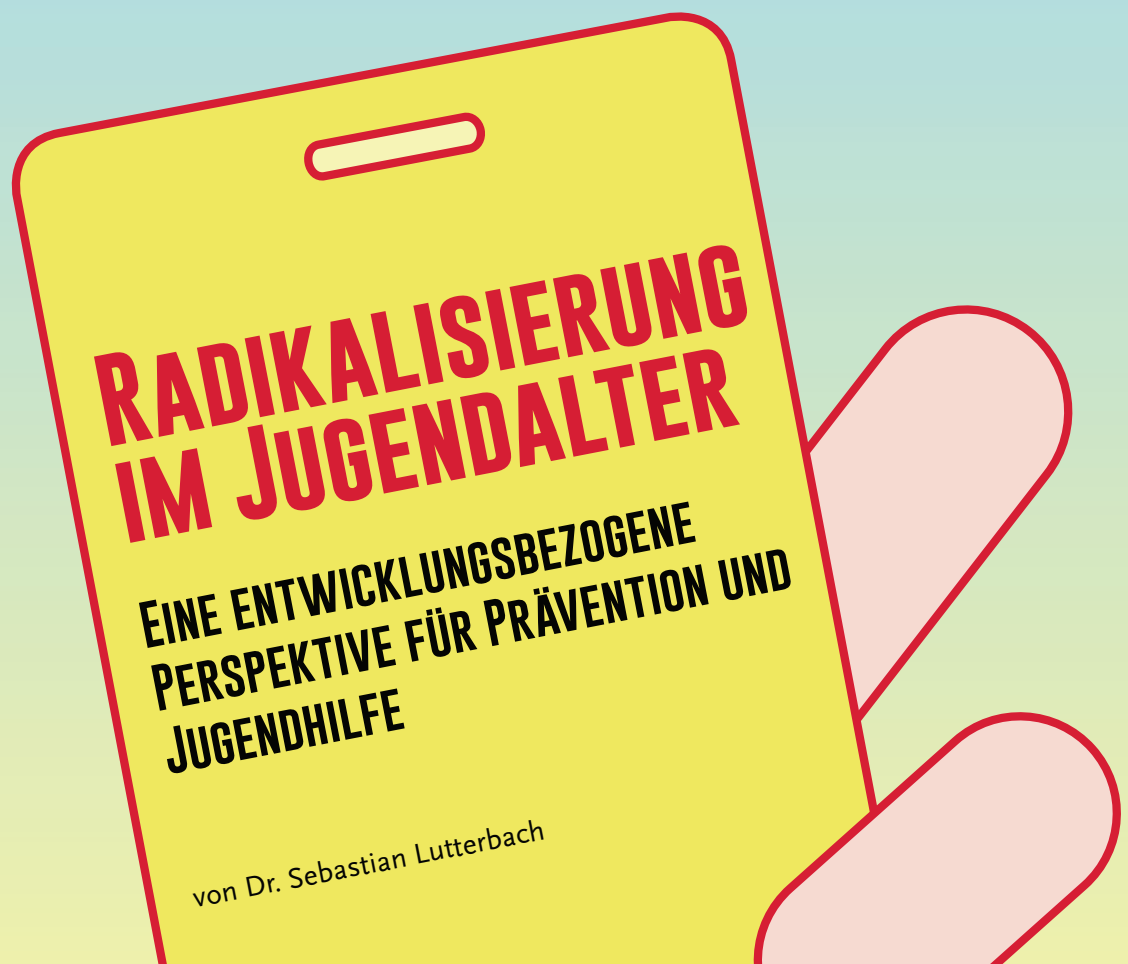




Warum radikalisiert sich manche Jugendliche – und die meisten nicht? Entscheidend sind Entwicklungsprozesse wie Anerkennung, Toleranz und Identität. Ideologien können ungünstige Entwicklungsverläufe und Radikalisierung verstärken. Wer Prävention ernst meint, muss genau an diesen Dynamiken ansetzen.

Was bedeutet Radikalisierung?

Radikalisierung ist kein plötzlich einsetzendes Ereignis, sondern ein längerfristiger Entwicklungsprozess, in dessen Verlauf sich politische, religiöse oder andere ideologische Einstellungen und Handlungsbereitschaften zunehmend von grundlegenden demokratischen, rechtlichen und humanitären Normen entfernen (Beelmann et al., 2021). Extremismus ist dabei nicht allein durch die Ablehnung gesellschaftlich übergeordneter Werte gekennzeichnet, sondern auch durch die Motivation, diese Werte zumindest teilweise zu ersetzen, etwa durch autoritäre Herr-

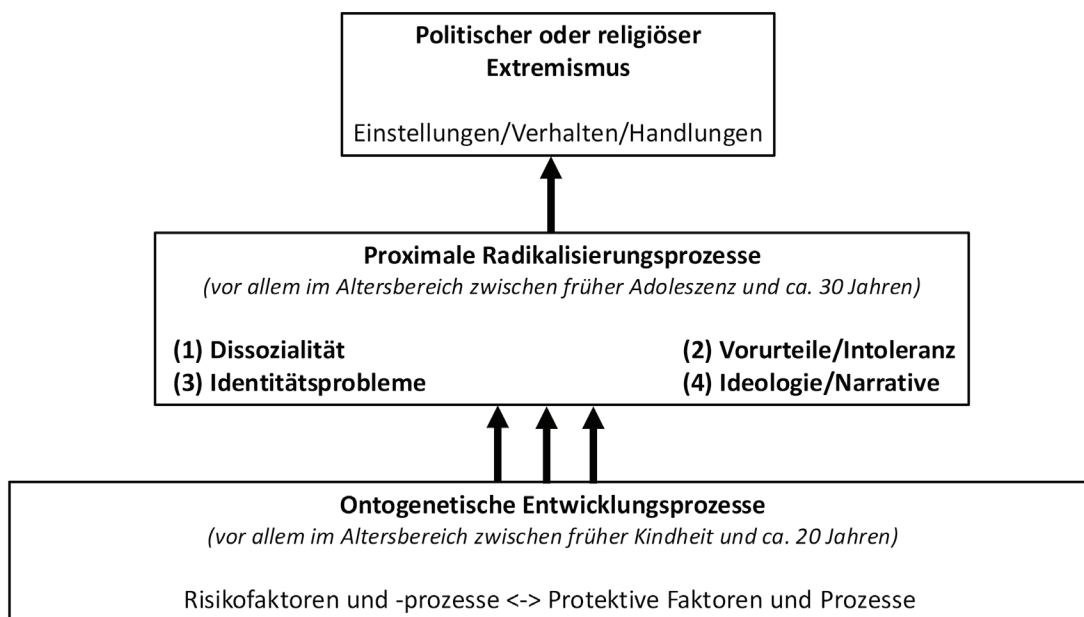
schaftsmodelle oder religiös begründete Gesellschaftsordnungen. Radikalisierung und Extremismus können sich sowohl auf der Ebene von Einstellungen als auch im Verhalten äußern, wobei Gewalt eine mögliche, jedoch keine notwendige Ausdrucksform extremistischer Orientierungen darstellt. Aus entwicklungspsychologischer Perspektive lässt sich Radikalisierung als Ergebnis ungünstiger sozialer Entwicklungsverläufe verstehen, die im Kindes- und Jugendalter ihren Ausgang nehmen und sich über die Lebensspanne hinweg weiterentwickeln können.

Das entwicklungsorientierte Radikalisierungsmodell

Das entwicklungsorientierte Radikalisierungsmodell (Beelmann et al., 2021) beschreibt Radikalisierung als einen mehrstufigen Prozess, der sich aus dem Zusammenwirken individueller, sozialer und gesellschaftlicher Bedingungen über die Zeit hinweg ergibt (**siehe Abbildung 1**). Ähnlich wie bei anderen problematischen Entwicklungsverläufen im Jugendalter ist dabei nicht ein einzelner Auslöser entscheidend, sondern die kumulative Wirkung ungünstiger Entwicklungsbedingungen.

Im ersten Schritt stehen Risiko- und Schutzfaktoren auf unterschiedlichen Ebenen im Fokus. Dazu zählen unter anderem familiäre Belastungen, Erfahrungen von Ausgrenzung oder Diskriminierung, problematische Peerbeziehungen, fehlende soziale Anerkennung sowie abwertende Einstellungen und Narrative gegenüber anderen sozialen und kulturellen Gruppen. Empirisch bedeutsam ist vor allem ein dauerhaftes Übergewicht radikalierungsrelevanter Risiken gegenüber schützenden Einflüssen (z. B. Empathie, nicht deviante Peerbeziehungen, Schulbindung), das die Wahrscheinlichkeit für die Ausbildung spezifischer Radikalisierungsprozesse erhöht.

Abbildung 1: Schematischer Überblick zum entwicklungsorientierten Modell der Radikalisierung (nach Beelmann et al., 2021)



Diese zweiten, sogenannten proximalen Radikalisierungsprozesse stellen unmittelbare psychologische Mechanismen dar, über die ungünstige Entwicklungsverläufe in extremistisches Denken und Handeln übergehen können.

- ▶ Erstens können antisoziale Einstellungen und Verhaltensweisen an Bedeutung gewinnen, etwa eine zunehmende Bereitschaft, Regeln zu brechen oder moralische Grenzen zu relativieren.
- ▶ Zweitens spielen Vorurteile, Intoleranz und gruppenbezogene Feindbilder eine zentrale Rolle. Sie prägen, wie Jugendliche soziale oder kulturelle Gruppen wahrnehmen, und können zu deren Abwertung oder Ausgrenzung und zu diskriminierenden Verhaltensweisen führen.
- ▶ Drittens können Identitätsprobleme Radikalisierungsprozesse verstärken. In einer Entwicklungsphase, in der Fragen nach sozialer und politischer Zugehörigkeit, Sinn, Anerkennung und Identität besonders relevant sind, können Gefühle von Unsicherheit, Bedrohung oder Bedeutungslosigkeit die Attraktivität extremistischer Gruppen oder Ideologien erhöhen, die einfache Antworten und klare Zugehörigkeiten vermitteln.
- ▶ Viertens gewinnt eine politische oder religiöse Ideologie an Bedeutung, die diffuse Unzufrieden-

heiten in Narrative und Weltbilder überführt, die sich gegen demokratische Werte, Gleichberechtigung und Pluralismus richten. Ideologie wirkt dabei als Verstärker der vorherigen Prozesse, indem sie antisoziale Tendenzen, Vorurteile und Identitätskonflikte moralisch legitimiert und stabilisiert.

Im Zusammenspiel verdeutlichen diese vier Prozesse, wie sich problematische soziale Entwicklungsverläufe im Jugendalter zu extremistischen Einstellungen sowie zu einer erhöhten Affinität für politische Gewalt verdichten können. Das Modell liefert damit eine zentrale Orientierung für Präventionsansätze, die frühzeitig ansetzen, entwicklungsangemessen gestaltet sind und an die konkreten Lebenswelten junger Menschen anknüpfen.

Befunde der landesweiten „Communities That Care“-Befragung 2021/22

Zur Analyse von Radikalisierungsrisiken und extremismusrelevanten Einstellungen und Orientierungen im Jugendalter wurde im Rahmen der landesweiten „Communities That Care“ (CTC)-Befragung 2021/22 in Niedersachsen eine empirische Studie durchgeführt (Beelmann & Lutterbach, 2023). Das entwicklungsorientierte Radikalisierungsmodell diente dabei als theoretischer Bezugsrahmen, um zentrale Risikofaktoren sowie die im Modell beschriebenen Radikalisierungsprozesse systematisch zu erfassen. Die Befragung umfasste eine Stichprobe von N = 1.220 Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen mit einem durchschnittlichen Alter von 16,7 Jahren. Ziel der Studie war es, die Risikobelastung in den vier im Modell beschriebenen Radikalisierungsprozessen sowie die Ausprägung extremismusrelevanter Einstellungen im Jugendalter sichtbar zu machen und damit eine empirische Grundlage für präventive Ansätze im Kontext von Jugendschutz und Jugendhilfe zu schaffen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigten, dass die Radikalisierungsrisiken und extremistischen Orientie-

rungen bei der Mehrheit der Jugendlichen gering ausgeprägt sind, zugleich aber klar identifizierbare Risikogruppen bestehen. Bezogen auf die vier proximalen Radikalisierungsfaktoren, wiesen 18,6 Prozent der befragten Jugendlichen erhöhte Identitätsprobleme auf. Weitere Risikogruppen zeigten sich für dissoziale Einstellungen und Verhaltensweisen (9,1 Prozent), für ideologische Narrative (7,8 Prozent) sowie für Vorurteile und Intoleranz gegenüber anderen sozialen oder kulturellen Gruppen (4,8 Prozent).

Auch auf der Ebene extremistischer Einstellungen zeigte sich, dass ablehnende Haltungen gegenüber grundlegenden gesellschaftlichen Normen und Prinzipien nur von einer Minderheit geteilt werden. So äußerten 5,3 Prozent der Jugendlichen eine Ablehnung demokratischer Regierungsformen, 7,1 Prozent lehnten den Rechtsstaat ab und ein Prozent stellte universelle Menschenrechte infrage. Eine generelle Ablehnung aller drei Werte fand sich bei 3,6 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler. Deutlich höher lag hingegen der Anteil Jugendlicher, die eine Befürwortung politischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele angaben (11,6 Prozent). Demgegenüber sprach sich jedoch die Mehrheit von 53,7 Prozent ausdrücklich für gewaltfreie Formen politischen Engagements und Aktivismus aus.

Über die Betrachtung einzelner Risikofaktoren hinaus wurde untersucht, ob sich unterschiedliche Risikoprofile identifizieren lassen. Hierzu wurde eine fallorientierte Cluster-Analyse durchgeführt. Auf Basis der Ausprägungen in den vier proximalen Radikalisierungsfaktoren und extremistischen Einstellungen (Ablehnung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten) konnten vier distinkte Subgruppen identifiziert werden (**Abbildung 2**). Den größten Anteil bildete eine weitgehend unauffällige, **ungefährdete** Gruppe, die durch unterdurchschnittliche Risiko- und Extremismuswerte gekennzeichnet war (39 Prozent). Eine zweite Gruppe (29 Prozent) wies überdurchschnittliche Ausprägungen im Faktor Dissozialität bei ansonsten geringen Werten in den übrigen Faktoren und im Bereich des Extremismus auf. Diese Gruppe entspricht einer jugendtypisch **devianten** Gruppe mit vorübergehender Regel- oder Normabweichung, wie sie in der Adoleszenz häufig beobachtet wird (vgl. Beelmann & Raabe, 2007).

Eine dritte Gruppe (20 Prozent) war vor allem durch erhöhte Identitätsprobleme sowie leicht erhöhte Ausprägungen ideologischer Narrative gekennzeichnet, ohne bereits stark extremistische Einstellungen zu zeigen. Die Gruppe kann entsprechend als **identitäts-suchend** bezeichnet werden. Diese Konstellation deutet auf eine entwicklungsbedingte Vulnerabilität hin, bei der soziale, kulturelle und politische Sinn- und Zugehörigkeitsfragen eine zentrale Rolle spielen. Eine vierte, kleinere Gruppe (12 Prozent) zeigte deutlich erhöhte Werte in allen vier Radikalisierungsfaktoren sowie stark überdurchschnittliche extremistische Einstellungen. Diese Jugendlichen sind als besonders **radikalisierungsgefährdet** einzustufen und stellen eine zentrale Zielgruppe für gezielte Präventions- und Interventionsmaßnahmen dar.

Prävention von Radikalisierung

Die Befunde zeigen, dass Radikalisierung im Jugendalter weder ein Randphänomen noch ein einheitlicher Prozess ist. Unterschiedliche Risikokonstellationen und Entwicklungsverläufe lassen sich nicht allein über extreme Einstellungen oder Gewalt erklären. Aufbauend auf dem entwicklungsorientierten Radi-

kalisierungsmodell (Beelmann et al., 2021) und den vorliegenden Befunden, ergibt sich, dass Prävention vorrangig auf die vier Radikalisierungsprozesse (Dissozialität, Vorurteile/Intoleranz, Identitätsprobleme, Ideologie/Narrative) abzielen sollte, noch bevor sich gefestigte extremistische Einstellungen manifestieren.

Besonders relevant sind Identitätsunsicherheiten. Fragen nach Zugehörigkeit, Anerkennung und Sinn sind im Jugendalter zentral. Präventive Angebote sollten diese Suchbewegungen aufgreifen und selbstwertstärkende, demokratische sowie vielfältige soziale und kulturelle Identifikations- und Orientierungsangebote bieten, bevor extremistische Gruppen diese Leerstellen besetzen können. Dissoziale Einstellungen oder Regelverletzungen sind nicht per se Ausdruck von Extremismus, können jedoch durch radikale Ideologien legitimiert und fehlgeleitet werden. Prävention sollte daher auch Selbstregulation, Perspektivübernahme sowie Konflikt- und Problemlösungskompetenzen fördern. Ideologische Narrative, vereinfachte Weltbilder und die Abwertung sozialer Fremdgruppen erfordern zudem die Stärkung von Deutungs- und Reflexionskompetenzen sowie die Förderung des Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt.

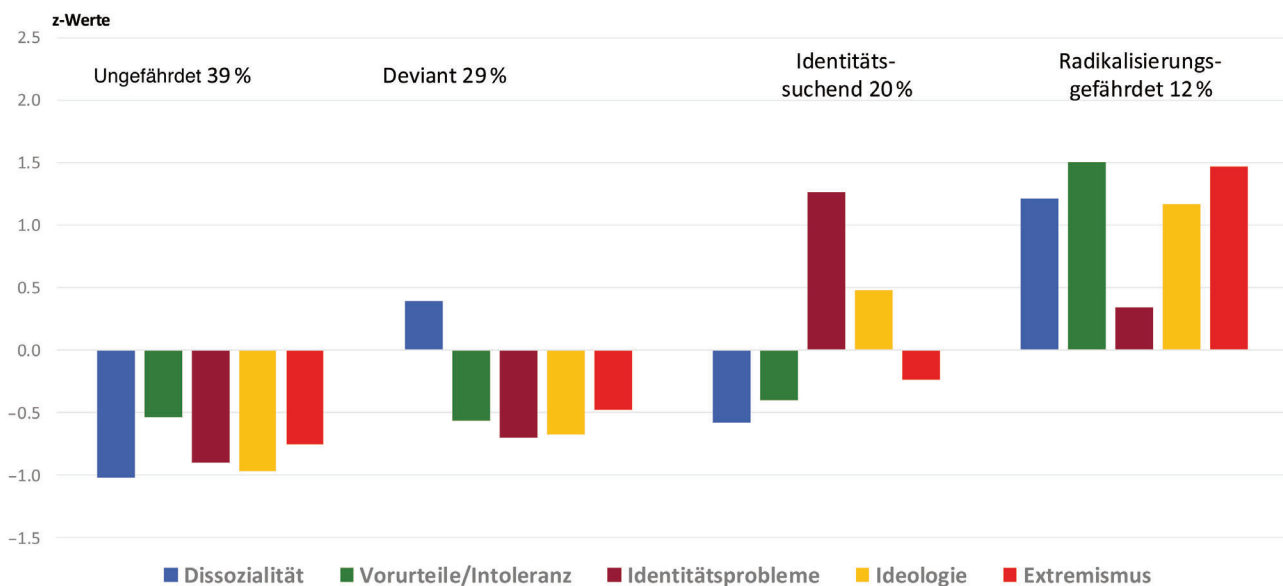


Abbildung 2: Ergebnisse der Cluster-Analyse mit den Merkmalsprofilen der vier identifizierten Subgruppen. Alle Werte wurden standardisiert.

Im digitalen Raum stellt sich ein besonderer Präventionsbedarf dar, da sich Ideologien, Feindbilder und vereinfachte Erklärungen dort schnell verbreiten. Radikalisierungsrelevante Inhalte treten häufig indirekt auf und verknüpfen Emotionen und Unsicherheiten mit jugendlichen Alltagsthemen. Prävention sollte deshalb medienbezogene Urteils-, Reflexions- und Ambiguitätskompetenzen fördern: Quellen kritisch einordnen, emotionale Ansprache erkennen, algorithmische Verstärkung reflektieren und mit widersprüchlichen Informationen umgehen. **Medienkompetenz wirkt somit als querschnittlicher Präventionsfaktor, der mehrere Radikalisierungsprozesse adressiert.**

Im Unterschied dazu setzt Demokratieförderung auf normative Orientierung und adressiert damit insbesondere den Ideologiefaktor. Kernelemente sind politische Bildung, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, Maßnahmen gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Förderung politischer Teilhabe. Radikalisierungsprävention geht darüber hinaus und berücksichtigt zusätzliche individuelle und soziale Entwicklungsprozesse, die Radikalisierung begünstigen, etwa antisoziale Tendenzen, Identitätsunsicherheiten oder soziale Belastungen. Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention sind damit keine konkurrierenden Ansätze, sondern ergänzen sich. Während Demokratieförderung die normative Basis legt, zielt Radikalisierungsprävention darauf ab, spezifische und entwicklungsbezogene Risikodynamiken frühzeitig zu erkennen und gezielt zu bearbeiten.

lassen sich beispielhaft folgende empirisch wirksame Ansätze benennen:

- ▶ Dissoziale Tendenzen können über Elterntrainings und soziale Kompetenzprogramme adressiert werden,
- ▶ Vorurteile und Intoleranz durch strukturierte Kontaktprogramme und sozial-kognitive Trainings,
- ▶ Identitätsprobleme über Selbstwert- und Selbstaffirmationsprogramme.
- ▶ Ideologisierungsprozesse lassen sich insbesondere durch politische Bildung, Service Learning sowie durch die Förderung von Medienkompetenz bearbeiten.

Zudem haben wir mit den **Präventionsprogrammen PARTS** (Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und sozialer Kompetenz; www.fsv.uni-jena.de/47707/parts) für Kinder der 3. und 4. Schulklasse sowie **Bleib menschlich** für Jugendliche ab der 8. Schulklasse (www.fsv.uni-jena.de/47718/bleib-menschlich) zwei entwicklungsorientierte Programme erarbeitet, die gezielt an zentralen Risikoprozessen ansetzen.

Evaluationsstudien zeigen, dass sie substanzielle Effekte auf die beschriebenen Risikofaktoren sowie auf extremistische Einstellungen und Verhaltensabsichten erzielen (Beelmann & Hercher; Beelmann & Sterba, in Begutachtung).

Entwicklungsorientierte Präventionspraxis

Für die Umsetzung entwicklungsorientierter Prävention bieten unsere Praxisempfehlungen zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention (Beelmann et al., 2024) eine fundierte Orientierung. Dort wird neben evidenzbasierten Programmen auch praxisrelevantes Umsetzungswissen gebündelt, das Fachkräften eine alltagsnahe Umsetzung erleichtert. Für die vier proximalen Radikalisierungsfaktoren

Literatur & Links

- ▶ <https://bayern.jugendschutz.de/de/material/Literatur-und-Linkliste-zur-projugend-2-2026.pdf>

